Trotz Protesten aus der Bevölkerung und Gemeinden:

Schwarz/blau beharrt auf Kindergartengebühren!

Mit der Einführung von Kindergartengebühren für die Nachmittagsbetreuung haben ÖVP&FPÖ das tägliche Leben von Eltern und Kindern erschwert. Verschiedene Gemeinden verzeichnen bis zu 50% Abmeldungen, manche können die Nachmittagsbetreuung nicht mehr aufrecht erhalten. Das ist ein Rückschlag für die wertvolle Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



GPF-Frauenvertreterin Sabine Wögerer

Ein SPÖ-Initiativantrag in der Landtagssitzung vom 1. März, die Kindergartengebühren sofort wieder abzuschaffen, wurde von der ÖVP/FPÖ Mehrheit niedergestimmt und auf eine soziale Gebührenstaffelung verwiesen. Die sieht allerdings so aus, dass bei einem Familieneinkommen von ca. 2.300,- Euro netto bereits der Höchstbeitrag von 110,- Euro fällig ist. Das liegt an dem von ÖVP- Landesrätin Haberlander gestalteten starren Beitragssystem. Außerdem sind noch Bastelbeiträge, Essensbeiträge und allenfalls für den Kindergartenbus ca. 100,- Euro pro Kind zu bezahlen. Von einer "Gratismentalität", die von ÖVP&FPÖ immer ins Spiel gebracht wird, kann also überhaupt keine Rede sein. Überdies sind Kindergärten Bildungseinrichtungen und keine bloßen Aufbewahrungsstätten. Eine Evaluierung des Systems im Sommer kann allerdings den entstandenen Schaden an Kindern und Kindergarteneinrichtungen nicht mehr gut machen. Auch Pädagoginnen, die Ihren Job verloren haben, können sich von diesem bürokratischen Akt nichts kaufen.

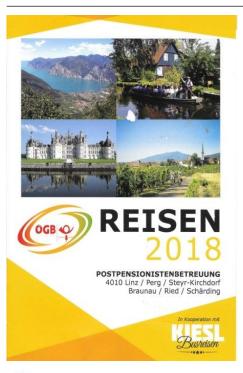
ÖVP&FPÖ schaffen von oben herab an

Kritisiert wird auch die überfallsartige Einführung. Die Gemeinden hatten zur Umsetzung der Tarifordnung und Information der Eltern nur 14 Tage Zeit. Die Kürzung der Landesbeiträge für Kindergärten von 9,5 Mio. Euro wurde ebenfalls mit schwarz/blauer Mehrheit beschlossen.

AK hat Eltern befragt

Die AK hat in einer Befragung festgestellt, dass für 40 Prozent der Eltern die Kinderbetreuung sehr schwer zu organisieren ist. Im bundesweiten Vergleich ist OÖ mit großem Abstand sogar Schlusslicht beim Betreuungsangebot für die Kleinsten. Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen macht kaum Fortschritte, obwohl der Bund das Land finanziell unterstützen würde. Allerdings holt das Land die angebotenen Mittel nur teilweise ab. "Jetzt gibt es ein unzureichendes Angebot und dann muss man auch noch dafür zahlen, " sagen viele Eltern verärgert beim AK-Frauenbüro.

"Machen Sie den Fehler rückgängig und schaffen Sie die Kindergartenstrafsteuer wieder ab!" (Petra Müllner, SPÖ Familiensprecherin am 1. März im Landtag)



Für unsere PensionistInnen: Reiseprogramm 2018

Für 2018 ist das beliebte Reiseprogramm von den bewährten "Reisemanagern" **Johann Schwarz** und **Helmut Blettenweger** erstellt worden.

Die ansprechende Reisebroschüre kann bei den Kollegen Schwarz (0664/1692107) und Blettenweger (0664/5740139) und im GPF Sekretariat (0664/88647914) gratis angefordert werden.

Auch Aktivbedienstete können bereits "schnuppern".

Die FSG INFO wünscht angenehme Urlaubsreisen.